

FR

Integration verbessern 2.9.09

Aktion soll kommunales Wahlrecht fördern

Eine Initiative von 17 Ausländerorganisationen und Gewerkschaftsverbänden fordert ein kommunales Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer. Damit solle diesen eine bessere Integration ermöglicht werden, teilten die Initiatoren der Kampagne „Kommunales Wahlrecht für alle – Demokratie braucht jede Stimme“ am Dienstag in Frankfurt mit. Das kommunale Wahlrecht müsse ausdrücklich auch für Nicht-EU-Bürger gelten. „Die Wohnbevölkerung in unseren Kommunen muss auch von der Wahlbevölkerung repräsentiert werden. Das aber ist immer weniger der Fall“, sagte Wolfgang Gern von der Liga der Freien

Wohlfahrtspflege in Hessen. Die Liga trägt mit 16 anderen Ausländerorganisationen und Gewerkschaftsverbänden die Kampagne,

Politische Entscheidungen seien nur dann demokratisch legitimiert, wenn alle daran teilhaben dürften, sagte Gern. In vielen Kommunen dürften aber inzwischen mehr als 30 Prozent der Einwohner nicht wählen oder sich wählen lassen. „Ein Gemeinwesen, das eine derart große Gruppe von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert zunehmend an Legitimation“, sagte Gern. Statt Einbürgerungen zu erleichtern, habe die Politik freilich „neue Hürden“ aufgestellt, etwa in Form von Wissenstests. ddp